Nr. 524 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 260

Abend-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 36,— M., monatl. 12,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22,— M., für das übrige Ausland 28,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neungespaltene Nonpareillezeile kostet 6,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 2,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 5. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die vorläufige Ministerliste.

In der interfraktionellen Sitzung am heutigen Vormittag einigten sich die Parteien nach dreistündigen Verhandlungen auf folgende vorläufige Ministerliste:

Präsidium: Oeser.
Inneres: Severing.
Landwirtschaft: Otto Braun.
Handel: Siering.
Finanzen Dr. v. Richter (DVp.).
Kultusministerium (Besetzung unbestimmt, durch DVp.).
Wohlfahrtsministerium: Stegerwald.
Justizministerium: Am Zehnhoff.

Um 1 Uhr trat die sozialdemokratische Landtagsfraktion zusammen, die über diese vorläufige Ministerliste Beschluß fassen wird.

* * *

Ueber die diesem Beschluß vorangegangenen Verhandlungen ist zu berichten, daß der Landtagspräsident Genosse Leinert die ihm angebotene Ministerpräsidentschaft nach Rücksprache mit der Stadtverordnetenfraktion und den Gewerkschaften in Hannover endgültig abgelehnt hat. Der interfraktionelle Ausschuß trat deshalb um 10 Uhr vormittags zusammen, um sich über die Kandidatur des Ministerpräsidenten schlüssig zu werden. Mit der Kandidatur des Genossen Braun, der von der Sozialdemokratie vorgeschlagen wurde, erklärten sich die bürgerlichen Parteien nicht einverstanden.

Es ist bei Schluß des Blattes noch unbestimmt, ob die für 3 Uhr nachmittags vorgesehene Plenarsitzung mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten zu diesem Zeitpunkt schon stattfinden kann. Eine Vertagung ist zu erwarten.

„Verrätergeschrei!"

Der mit geringer Mehrheit gefaßte Beschluß unserer Landtagsfraktion, ihre Unterhändler trotz schwerer Bedenken zu Verhandlungen auf der Grundlage der großen Koalition zu ermächtigen, hat begreiflicherweise Aufsehen erregt. Zu ihm äußert sich Gen. Heilmann, der zur Minderheit der 41 gehörte, in der „Soz. Korr." folgendermaßen:

Auch die USP. kann sich nicht zweifelhaft darüber sein, daß die Sozialdemokratie mit ihren Entschließungen **nur dem Interesse der Arbeiterklasse dienen will.** Hat doch die „Freiheit" selbst dutzendmal betont, wie wichtig es wäre, einen Dominicus aus dem Ministerium des Innern zu entfernen. **Mit dem Verrätergeschrei soll man uns also vom Halse bleiben.** Glückt das Experiment, um so besser; wir wollen gern die sein, die Unrecht behalten. Mißglückt es, wie wir annehmen, dann darf für die spätere Zeit das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen nicht wieder heillos vergiftet sein.

Die „Freiheit" prophezeit aber trotzdem, der Beschluß der Fraktion werde „den Riß in der Arbeiterbewegung vertiefen", und meint, die Reaktion sei durch ihn gestärkt worden. Auch die „Freiheit" muß aber wissen, daß dieser Beschluß gerade in der Absicht gefaßt worden ist, der Reaktion einen Damm entgegenzusetzen. Ob das gewählte Mittel das richtige ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Die ehrliche Absicht zu bestreiten, ist aber nicht ehrlich.

Die „Rote Fahne" deklamiert: „Kalten Bluts haben die Sozialdemokraten den Hyänen des Großkapitals die Herrschaft überliefert". Wie muß sie ihr Publikum einschätzen, wenn sie glaubt, mit solchen blödsinnigen Stilblüten Eindruck machen zu können?

Weitere Verschlechterung der Mark.

Der Dollar steigt weiter. Am heutigen Berliner Devisenmarkte schwankten die Preise für Dollarnoten zwischen 244 und 252. Amtlich wurden notiert: Kabel New York 249, London 982,5, Amsterdam, Rotterdam 8600.

Die starke Steigerung des Dollarkurses ist mit der Knappheit an Devisen am Markt, die sich u. a. durch die erhöhte Ablieferung der Außenhandelsstellen ergibt, nicht restlos erklärt. Die Regierung steht weiter vor großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung fremder Zahlungsmittel, und trotzdem muß die Reichsbank noch Devisen auf den Markt werfen, um das Heraufschnellen der Kurse wenigstens etwas zu bremsen. Auffallend ist, daß die rechtsgerichtete bürgerliche Presse die Verschlechterung der Mark immer wieder als ein sensationelles Ereignis verbucht und daraus die ungünstigsten Schlüsse auf Deutschlands Volkswirtschaft zieht, ohne daraus die Notwendigkeit herzuleiten, daß endlich einmal etwas Durchgreifendes zur Abhilfe des Devisenelends geschehen muß, soweit das in unseren Kräften steht. Wir haben schon wiederholt betont, daß sich hinter dieser Auffassung politische Absichten verbergen.

Französische Deutungen.

Paris, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die französische öffentliche Meinung beschäftigt sich lebhaft mit dem neuerlichen Sturz der deutschen Mark. Die Presse begleitet die letzten Valutaschwankungen mit Kommentaren. So schreibt u. a das „Petit Journal" heute früh: „Was uns interessiert, ist die Frage, ob der Zusammenbruch der deutschen Valuta uns hinsichtlich unserer Reparationsforderungen fühlbar berührt. Wir können auf diese Frage mit „Nein" antworten, wenn wir das Gaukelspiel des Geldmarktes verlassen und uns auf den Boden der Realitäten stellen. Die Produktivität der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit bleibt von dieser Krisis unberührt."

Der Artikel schließt mit der Frage: „Was geht uns die Entwertung der deutschen Mark an? Eine Lokomotive bleibt eine Lokomotive und ein Haus bleibt ein Haus."

„Petit Journal" hätte recht, wenn Frankreich von uns statt Gold nur Sachleistungen fordern würde.

Englische Einsicht.

London, 4. November. Die englische liberale „Westminster Gazette" schreibt, die deutsche Mark müsse weiter fallen, da neue Reparationen fällig würden. Jede neue Reparationszahlung werde zu einem schlimmen Sturze der Mark führen. Wenn der Reparationsplan nicht schleunigst abgeändert werde, so werde ein neues Wien oder Rußland in einem großen Gebiete Europas geschaffen. Es sei lächerlich zu behaupten, daß der Zusammenbruch der Mark das Ergebnis deutscher Manipulationen sei, da er für Deutschland eine Katastrophe sei.

Das Unterhaus für Abrüstung.

Nach eindringlicher Rede des Genossen Clynes, der alle anderen Redner und auch Minister Chamberlain zustimmten, hat das englische Unterhaus einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß das Unterhaus der internationalen Konferenz in Washington warm zustimme und darauf vertraue, daß die größten Anstrengungen gemacht würden, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, die eine wesentliche und fortschreitende Herabsetzung der drückenden Rüstungslasten sichere.

Koreas Rache an Hara.

London, 5. November. (EP.) Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der Mörder Haras verhaftet worden. Es handelt sich um einen jungen Koreaner, der sich im Wartesaal dritter Klasse versteckt hatte und den Ministerpräsidenten überfiel, als dieser den Zug nach Kyoto besteigen wollte. Der englische Botschafter in London hat bis heute früh noch keine offizielle Bestätigung der Ermordung des Ministerpräsidenten erhalten.

Spätere Depeschen aus Tokio melden, daß der Täter ein koreanischer Knabe sei, der in dem Wartesaal dritter Klasse der Zentraleisenbahn als Kellner beschäftigt war. Er sprang plötzlich auf Haras zu und versetzte ihn mehrere Dolchstiche. Die Polizei, die sofort herbeieilte, kam zu spät, um den Ministerpräsidenten zu retten.

Hiernach also Racheakt für die japanische Militärtyrannei in Korea.

Kolonialjustiz.

Kairo, 4. November. (WTB.) Die Regierung des Sudan gibt bekannt, daß Abdullahi, der Führer der letzten Erhebung in Nyala, zum Tode verurteilt und am 28. Oktober gehängt worden ist. Der Gouverneur von Darfur hat die Gefährten Abdullahis aufgefordert, sich zu ergeben, widrigenfalls energische Maßnahmen ergriffen werden sollen.

London, 4. November. (WTB.) Das Gericht in Collcut in Indien hat 38 der Anteilnahme an dem Aufruhr in Malabar im Monat August Angeklagte abgeurteilt. Dreizehn Personen wurden zum Tode verurteilt, 22 zu lebenslänglicher Verbannung und Einziehung ihres Besitzes.

Brandler geflüchtet! Der Vorsitzende der VKPD. Brandler wurde bekanntlich vor einigen Monaten zu 5 Jahren Festung verurteilt. Seine opportunistische Verteidigungsrede erregte damals Aufsehen. Brandler hat verstanden, sich in der Festung Gollnow viel Bewegungsfreiheit zu verschaffen und hat diese Vergünstigungen nun zu einem erfolgreichen Fluchtversuche benutzt. Er ist flüchtig und bisher nicht zu ermitteln gewesen.

Der Uebertritt Dr. Paul Nathans zur Sozialdemokratie gibt dem „Berl. Tagebl." Anlaß zu folgender Bemerkung: „Für die verantwortlichen Instanzen der Demokratischen Partei sollte der Vorgang, der nicht der einzige seiner Art ist, in Verbindung mit zahlreichen Kundgebungen der demokratischen Organisationen (zuletzt in Berlin und Stettin) Veranlassung zu einer grundsätzlichen Nachprüfung der Politik geben, die im letzten Jahre verfolgt worden ist." — Diese Nachprüfung wird sich zweckmäßig auch auf die politische Leitung des „Berl. Tagebl." erstrecken müssen.

Amerikanerlos in Frankreich. Der nordamerikanische Senat ermächtigte das eingesetzte Komitee, die Anklagen Watsons über die Behandlung der amerikanischen Krieger in Frankreich durch Verhör von Personen festzulegen. General Pershing erklärte, daß unwahrere Anklagen als die Watsons nie erhoben worden seien.

Die Antwort der Regierung.

Von Otto Hue.

Das Reichsverkehrsministerium hat auf meine Anfragen betr. die Duisburg-Ruhrorter Häfen in dankenswert klarer Weise geantwortet, es stehe dem Plane, die Hafenverwaltung einer fast rein privatkapitalistischen Betriebsgesellschaft zu übertragen, „fern" und sei „auch an seiner Vorbereitung nicht beteiligt." Die große volkswirtschaftliche und verkehrspolitische Bedeutung des Objektes betonend, erklärt das Reichsverkehrsministerium, es habe bei den Verhandlungen über die Verreichlichung der Wasserstraßen „niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß es auf die Verwaltung der Duisburg-Ruhrorter Häfen maßgebenden Einfluß erhalten müsse. Preußen hat dem Reiche Vorschläge über die künftige Gestaltung der Verwaltung der Häfen in Aussicht gestellt, ist aber mit solchen bisher nicht hervorgetreten."

Die Antwort der preußischen Regierung ist viel weniger präzise, aber nicht minder interessant. Sie beginnt mit der lapideren Erklärung, seitens der Staatsregierung bestehe nicht der Plan, die betreffenden Hafenanlagen „einem privatkapitalistischen Konsortium zu übertragen." „Weder der Handelsminister noch die Staatsregierung haben sich bisher mit einem solchen Plan befaßt", meine Befürchtungen seien „daher gänzlich unbegründet."

Hinterher aber muß die Antwort zugeben, daß sich an den Verhandlungen über die Vorschläge einer Verwaltungsänderung „Vertreter der Staatsregierung" beteiligten. Diese Verhandlungen „im Hafengebiet" hätten „keineswegs Ergebnisse gezeitigt". Schließlich wird erklärt, die „Vorschläge" seien „in endgültiger Form noch nicht an die Staatsregierung gelangt".

Demgegenüber stelle ich vorerst fest, daß ich im „Vorwärts" vom 29. Oktober nicht gefragt habe, ob der Regierung „endgültige Vorschläge" vorgelegt seien, sondern ob und seit wann ihr von dem „Plan", die Hafenverwaltung einem privatkapitalistischen Konsortium zu übertragen, Mitteilung zuging und wann und in welcher Form dem zuständigen Landtag davon Kenntnis gegeben sei. Geantwortet wird, „Vertreter der Staatsregierung" hätten an den Verhandlungen teilgenommen. Mit welchem Auftrag?

Die Verhandlungen nahmen ihren Anfang schon am 21. Januar 1921 im Duisburger Rathaus in Anwesenheit von Regierungsvertretern. Schon damals wurde, wie Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg dem Hafenbeirat mitteilte, das Projekt: Verselbständigung der Hafenverwaltung in Form einer pachtweisen Uebertragung auf eine gemeinnützige Hafenbetriebsgesellschaft m. b. H. „besonders eingehend" beraten, weil „dieser Vorschlag doch zurzeit der in erster Linie beachtenswerte" sei!

Schon im April d. J. wurde im Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats dieser Plan in großen Umrissen mitgeteilt und die Summe von 650 000 M. als Beteiligung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats an der projektierten Hafenbetriebsgesellschaft angefordert! Ich lehnte dies ab und erklärte, mich nicht an die geforderte „Vertraulichkeit" binden zu können, da ich als Mitglied der zuständigen gesetzgebenden Körperschaft in dem skizzierten Plan eine Schädigung der Staats- und Reichsinteressen erblicke. Weitere Schritte behielte ich mir vor. Unterm 23. Mai teilte ich den Sachverhalt brieflich dem preußischen Handelsminister mit, um Auskunft ersuchend, was er, als Ressortchef, von der Sache wisse. In der Antwort des Ministers vom 10. Juni heißt es, die Staatsregierung habe zu der Frage einer Umwandlung der Duisburger-Ruhrorter Hafenverwaltung „noch nicht Stellung genommen". Was den von mir abgelehnten Plan anbetreffe, so könne es sich „nur um Gedanken handeln, die in der Aufsichtsratssitzung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats mitgeteilt worden sind!"

Diese „Gedanken" hatten sich im April d. J. zu der Bereitstellung von 650000 Mark Beteiligung an der G. m. b. H. seitens des Kohlensyndikats verdichtet! Die „gemischt-wirtschaftliche" Betriebsgesellschaft soll nach dem sorgfältig ausgearbeiteten Entwurf wie folgt fundiert werden: Vom Stammkapital übernehmen der Staat 33 000 M., die Stadt Duisburg 33 000 M., Handelskammer Duisburg-Wesel 34 000 M., Kohlensyndikat, Kohlenkontor und Bergbauverein je 650 000 M., Genossenschaft der Duisburger Reeder, Genossenschaft der Spediteure daselbst, Genossenschaft der gewerblichen Betriebe in den Duisburg-Ruhrorter Häfen ebenfalls je 650 000 M. Die Anstandsbeteiligung des Staates und der Stadt von ganzen 66 000 M. ändert an dem privatkapitalistischen Charakter des Unternehmens natürlich nichts.

Im Juni hatte die Staatsregierung noch „keine Stellung genommen"; obgleich „Vertreter der Staatsregierung" auch an der Besprechung über den Entwurf des Gesellschaftsstatuts teilnahmen, haben sich bis in den November hinein „weder der Handelsminister noch die Staatsregierung" mit „einem solchen Plan befaßt"! So heißt es in der am 3. November veröffent-

lichten Erklärung der preußischen Regierung. Haben denn die Regierungsvertreter in Duisburg auf eigene Faust gearbeitet? Ist dem Ressortminister niemals ein Bericht über den Stand der Verhandlungen erstattet worden? Herr Oberbürgermeister Jarres hat in einem Schreiben vom 17. August an die Mitglieder des Hafenbeirats erklärt, die preußische Regierung habe sich zwar „noch nicht zustimmend" zu dem Verpachtungsplan geäußert, aber dieser Plan sei zurzeit der beachtenswerteste; jedenfalls ist auch keine Ablehnung des Planes durch die Staatsregierung erfolgt. Zweifellos ist also mindestens schon im August die Staatsregierung vor die Frage der Annahme oder Ablehnung des Planes gestellt worden! In diesem Stadium wenigstens hätte die Staatsregierung die Pflicht gehabt, zumindest dem Hauptausschuß des Landtages Kenntnis von den Vorgängen zu geben. Dieser hat sich wiederholt mit einer Reorganisation der Verwaltung der Staatsbetriebe befaßt. Ein Beschluß, diese Verwaltung an eine G. m. b. H., wie sie der Duisburger Plan vorsieht, ist nicht gefaßt; immer ist nur eine Entbureaukratisierung der Verwaltung verlangt worden, vornehmlich von den Sozialisten. Aber eine Uebertragung an ein privatkapitalistisches Konsortium ist von keiner Seite beantragt worden. Bei dieser Sachlage mußte die Staatsregierung den Duisburger Plan ohne weiteres und unzweideutig ablehnen. Oder aber sie mußte wenigstens dem Hauptausschuß, der seit Monaten die Haushaltspläne berät, Gelegenheit zur Willenskundgebung geben, nachdem die „Gedanken" in Anwesenheit von Regierungsvertretern bereits zu dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages ausgereift waren. Die „naheliegenden Gründe" der „vertraulichen" Behandlung der ganzen Vorgänge müssen interessant sein. Sechs große kapitalistische Organisationen mit tausenden Mitgliedern kennen die Vorgänge, diskutieren darüber in ihren Vertretungen, stellen fast 4 Millionen Mark Beteiligungskapital bereit, aber der Landtag, die verfassungsgemäße Volksvertretung erfährt von dem Plan, einen außerordentlich wichtigen Teil des Staatseigentums unter privatkapitalistische Direktion zu stellen, nichts!

Der preußische Staat ist als Grubenbesitzer Mitglied des Kohlensyndikats und dadurch auch des Kohlenkontors. Im Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats sitzt auch ein Vertreter der westfälischen Staatszechen. Deren oberster Verwaltungschef ist der preußische Minister für Handel und Gewerbe. Weiß der Chef auch nicht, daß sein Beauftragter im April der Bereitstellung von 650 000 M. Beteiligung an der G. m. b. H. seitens des Syndikats zugestimmt hat? Hierdurch wurde der Duisburger Plan seitens des Bergfiskus bereits sanktioniert, während uns nun dasselbe Ministerium, welchem die Bergwerks- und die Duisburg-Ruhrorter Hafenverwaltung unterstellt ist, antwortet, es habe noch gar keine „Stellung" genommen, an der ganzen Sache sei eigentlich gar nichts dran, meine Befürchtungen seien „gänzlich unbegründet"!

Die Regierungsantwort erweckt auch den Eindruck, als ob die Duisburg-Ruhrorter Hafenverwaltung ein Defizitbetrieb sei. Tatsächlich weisen die Betriebsberichte, mit Ausnahme der von 1918 und 1919, keine Zuschüsse aus und die Zubuße 1918/19 ist inzwischen durch Mehreinnahmen ausgeglichen.

Nun kann ich es der Oeffentlichkeit ruhig überlassen, zu beurteilen, wessen sich der Staat und das Reich zu versehen hat von den privatkapitalistischen Plänen gegen hochwichtige Staats- und Reichsbetriebe, wenn die Volksvertretung nicht rechtzeitig einen festen Riegel vorschiebt.

Die Wahrheit schmeckt ihnen bitter. Gegen die Massenverbreitung der hier besprochenen Kösterschen Schrift „Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen?" hat sich die deutschnationale Reichstagsfraktion mit einer kleinen Anfrage gewendet. Wir können schon begreifen, daß den Herrschaften die Verbreitung dieser Schrift höchst unangenehm ist, durch die ihre gesamte Dolchstoßlüge in Nichts aufgelöst wird.

Kriegserklärung an die Republik.

Die nationalistische „Deutsche Zeitung" veröffentlicht heute an bemerkenswerter Stelle in fettem Druck eine Kundgebung, die in unverschleierter Form die Aufforderung an die Industrie enthält, das Reich in den Stunden der Gefahr im Stich zu lassen. Es seien Umstände eingetreten, so heißt es, die es notwendig machten, das Angebot der Industrie zu überprüfen, da sich die Lage infolge des Verlustes eines Teils der oberschlesischen Industrie sowie des weiteren Valutasturzes erheblich geändert habe. Sodann geht es wörtlich weiter:

Die Hauptfrage bei dem Problem der Kredithilfe ist also nicht mehr die, ob sie gewährt wird, weil sie der Finanzkalamität des Reiches Abhilfe bringt, sondern es ist die, ob sie gewährt werden muß, damit sie das Allerschlimmste der nächsten Zeit verhütet. Das ist aber zu verneinen, weil eine Kredithilfe in den möglichen Grenzen angesichts der dem Reiche aufgebürdeten Lasten — die gestrige Reichstagssitzung gab darüber Aufschluß — bedeutungslos bleiben muß. Sie aber aus innerpolitischen Gründen trotz dieser Einsicht in Szene zu setzen, hieße ein frivoles Spiel mit der wertvollen Substanz deutscher Wirtschaft treiben. Gestern haben bereits Beratungen des Reichsverbandes der Industrie stattgefunden und heute sollen sie fortgesetzt werden. Auch in den besonnensten Industriekreisen herrscht große Erregung darüber, daß man auf dem Wege einer Zwangsorganisation „Kreditvereinigung der Gewerbe" die Devisenbeihilfe an das Reich ertrotzen will. Es bleibt sehr zu wünschen, daß von den maßgebenden Stellen noch rechtzeitig eingesehen wird, daß dieser Weg verfehlt ist.

Die „Deutsche Zeitung", bzw. die hinter ihr stehenden großkapitalistischen Kreise halten es also nicht mehr für notwendig, der Finanznot des Reiches zu steuern, da diese doch einen Umfang angenommen habe, bei dem jede Hilfe von vornherein zwecklos sei. Eine seltsame Logik! Werden die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten bei den Steuerberatungen den gleichen Gesichtspunkt geltend machen, wenn über die Frage beraten wird, inwieweit die breiten Massen des werktätigen Volkes mit neuen Steuern zu belasten sind? Das Treiben der Großindustrie müßte als landesverräterisch bezeichnet werden, wenn es tatsächlich den in der „Deutschen Zeitung" vorgezeichneten Bahnen folgen sollte.

Nationalistische Trauerkundgebungen.

Musterhafte Haltung der Münchener Arbeiterschaft.

München, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die große monarchistische Trauerparade ist heute vormittag dank der Disziplin der Münchener Arbeiterschaft, die nach der von der sozialistischen Presse ausgegebenen Parole geschlossen der Demonstration fernblieb, ohne Zwischenfall verlaufen. Die Drahtzieher des alten Regimes zeigten dem gaffenden Volk noch einmal mit Hilfe der Theaterrequisiten des Wittelsbacher Hofmarschallamtes den Glanz der verflossenen Zeit. Charakteristisch für die ganze Aufmachung war, daß eine „republikanische" Reichswehrkompagnie im Paradeschritt vor dem Leichenwagen hermarschierte und daß zwischen den Kolonnen der Krieger- und Jünglingsvereine lange Züge von Deputationen der gesamten bayerischen Reichswehr einherzogen.

Wenn die große Demonstration, welche das Weichbild Münchens mit Menschenmassen füllte, verlaufen ist, ohne daß es zu Blutvergießen kam, so haben wir dies weniger der Beherztheit der bayerischen Beamtenschaft von Kahr herunter bis zum letzten Sicherheitsbeamten zu verdanken, auch nicht der Vernunft der Offiziers- und Studentenvereinigungen, sondern lediglich dem festen Entschluß der Arbeiterschaft jeden monarchistischen Putsch mit harter Faust niederzuschlagen, sowie der Besonnenheit weiter Kreise der Bayerischen Volkspartei, welche den Staatsstreichelementen inner- und außerhalb der Regierung zu erkennen gegeben haben, daß sie mit den bayerischen Königsmachern keineswegs gemeinsame Sache zu machen gedächten.

Vielleicht hat auch der Dämpfer, welchen die Münchener Arbeiterschaft den Nationalsozialisten in einer Lärmversammlung gestern abend aufgesetzt hat, gewirkt, als der erste Versuch, den Mordhetzern ihr Lügen- und Verleumdermaul zu stopfen. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei hatte nämlich unter dem Thema „Wer sind die Mörder?" zu einer Versammlung einberufen, in der sie beabsichtigte, den Mordanschlag auf den Genossen Auer zu rechtfertigen und zu neuen Gewalttaten aufzureizen. Die Münchener Arbeiterschaft griff zur Selbsthilfe und warf die Mordpropagandisten, obwohl ihnen die Polizei nach Möglichkeit beistand und trotzdem sie selbst sich mit Pistolen und Knüppeln zur Wehr setzten, zum Saal hinaus. Schließlich räumte die Sicherheitspolizei den Saal.

Schützer der Republik.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Unabhängigen und der Kommunisten auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Dieses Ergebnis, das im Interesse des Schutzes der Republik und besonders angesichts der unaufhörlichen Provokationen von nationalistischer Seite begrüßt werden muß, veranlaßt den deutschnationalen „Lokal-Anzeiger" zu der Bemerkung, es scheine, als wenn die demokratische Republik sich unfähig fühle, ohne Ausnahmeverordnungen und Notgesetze zu existieren. Diese Aeußerung macht sich besonders nett bei Leuten, die in Kahr-Bayern ihr Ideal erblickten, solange es unter dem verschärften Ausnahmezustand regiert wurde, und die mit offenkundigem Mißvergnügen das System Lerchenfeld beobachten, daß auf Drängen der Reichsregierung wenigstens die schwersten Verstöße gegen die Reichsverfassung abgebaut hat.

Absetzungsdebatte in Budapest.

Budapest, 4. November. (WTB.) Die Nationalversammlung behandelte den Gesetzentwurf betreffend das **Erlöschen der Herrscherrechte des Königs Karl und des Erbfolgerechts des Hauses Habsburg.** Nachdem der Referent des staatsrechtlichen Ausschusses, Abgeordneter Rubinak, den Gesetzentwurf beleuchtet und zur Annahme empfohlen hatte, erklärte Ministerpräsident Graf Bethlen, der Gesetzentwurf sei keine Folge der Entwicklung des normalen verfassungsmäßigen Lebens, sondern die Folge der Ereignisse der letzten zwei Wochen. Bei dieser Gelegenheit müsse er zwei namens der ungarischen Regierung und der ungarischen Nation **feierliche Verwahrung gegen jede ausländische Einmischung erheben.** (Lebhafte Zustimmung.) Die ungarische Regierung habe alles, was sie getan, aus eigenem Antriebe getan. Feierliche Verwahrung müsse auch dagegen erhoben werden, daß viel weitergehende, gegen den Vertrag von Trianon verstoßende Forderungen gestellt worden seien. Bezüglich der Forderungen, deren Folge der vorliegende Gesetzentwurf sei, betonte der Ministerpräsident, daß die ungarische Nation den friedlichen Weg wählen müßte. Die Erklärung liege darin, daß Ungarn nicht aufgehört habe, seine Anziehungskraft auf alle im Karpathenbecken wohnenden Völker auszuüben. Der Ministerpräsident betonte schließlich, daß Ungarn an dem Friedensvertrag festhalte.

Darauf sprach Graf **Apponyi.** Er protestierte gegen die Verletzung des Friedensvertrages von Trianon durch Androhung bewaffneten Einschreitens und die Forderung der Kleinen Entente bezüglich ihrer Teilnahme an der Entwaffnung. In Besprechung der Forderung der Kleinen Entente nach Thronentsetzung der Habsburger betonte Redner, daß die Frage der Staatsform eine **innere Angelegenheit Ungarns** sei. Als die Regierung die Rückkehr des Königs mit bewaffneter Gewalt verhinderte, hätten die Nachbarländer dies mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen müssen, sie hätten sich jedoch damit nicht begnügt. Graf Apponyi schloß, es handle sich nicht nur um die Ehre und die Würde des Landes, sondern auch um die persönliche Sicherheit eines jeden ungarischen Staatsbürgers, da die Auslieferung eines Ungarn, nämlich des Königs, gefordert werde. Die Regierung habe dem Zwange nicht widerstehen können. Er verstehe die Zwangslage, in der sich die Regierung befinde, vollständig und werde ihr infolgedessen keine Schwierigkeiten bei der Annahme der Vorlage bereiten. Er erkläre jedoch, daß die Entthronungsvorlage die Einrichtung des ungarischen Nationalkönigtums in ihren Grundlagen angreife. Dies widerstrebe dem Rechtsempfinden, und er müsse sich

---

Braunkohle.

Von P. Haupt.

Unten, in der Lausitz, hinüber nach Schlesien, wo das Land platt ist wie ein Wasserspiegel, wo der Blick vom Dorfkirchturm über nichts als Kiefernkuscheln und Birkengruppen geht, wo das Wasser kaum einen Meter unter der Erde liegt, dahindämmert in versumpften, vertorften Tümpeln und flachen Gräben, regt sich ein Neues und schreckt Land und Leute auf.

Wunden, meilenweite, breite, klaffende, werden geschlagen in Wald und Heide, frische Zäune versperren den Gräben den Weg, schnurgerade Kanäle entwässern sie. Leben zieht ein in die scheuen wendischen Holzdörfer, in die schmucklosen, kleinen Kreisstädte.

Und wo der Wald fiel, da bauen sich eines Tages riesige Bagger auf. Massig wuchtend auf kräftigen Schienen greifen ihre meterlangen Arme gierig über das Land, hacken ihre Schaufeln ein in den armseligen Sand. Das Transportband rollt Stunde um Stunde, lädt die Erde in unermüdliche Lorenzüge ein, willfährige, tatkräftige Trabanten.

Eisen und Ziegel, kaum trockenes Holz und frischgeschmiedete Eisenklammern fügen sich zusammen zu Schuppen, Fabrikhallen. Seitwärts türmt sich die ausgebaggerte Erde zu Hügeln, öden, kahlen. Und eines Tages greifen die Schaufeln der Bagger schwarze, braune Brocken, gerippt und geädert wie Holz — Braunkohle. Gleise werden verlegt, die Bagger verstellt, die Lorenzüge schaffen nunmehr ihre schwarze Fracht in die Fabrik. Bis aus dem Gerippe aus Eisenmasten und -trägern, das von den Maschinenschuppen und Hallen hinunterstieg in die Grube, eine Bahn geworden ist mit gedrungenen kleinen Karren. Ueber die ganze Gegend legt sich brauner Staub.

Am Rande der Grube atmen und schaffen die Pumpen. Unermüdlich. Tag und Nacht. Saugen das Wasser auf, das hineindrängt in die Grube, speien es hinein in die schnurgeraden Gräben, daß sie dahinschießen mit schmutzigen, rotbraunen Wellen.

Und dazwischen die Menschen. Klein und winzig in der gähnenden Weite der Grube, in der Leere der abgeholzten Fläche, neben den massigen Maschinen. Arbeiten ihre Zeit, braunbekrustet, empfangen ihren Lohn und — wissen nicht wohin in dem zerstörten, umgewühlten Land. Baracken inmitten der Trostlosigkeit der Baumstümpfe, roh zusammengebaut, ungemütlich frisch, vollgepfropft mit Menschen. Ihr Heim für Wochen, Monate. Vollgepfropft auch die Dörfer, Städte, deren Bewohner die Konjunktur längst begriffen.

Siedlungshäuser, vom elegantesten des höheren Grubenbeamten bis zum einfachen für den Arbeiter, sollen inmitten geschonter Kiefern erstehen. Sie werden im nächsten Jahre fertig. Wenn die Konjunktur anhält. . . .

Dann werden Grube, Fabrik, Siedlung dastehen, herrisch, wie auf dem eroberten Land, die Wendendörfer überragend, ein neues Leben. Ein Leben, das sie alle an sich reißt, die dritten und vierten Bauernsöhne, und die Bauern selbst, die mühsam aus dem Sandboden Kartoffeln und Roggen ernteten, zum Verkauf verlockt.

So ist der Taumel: Geld bringen die neuen Gruben, die vielen neuen Menschen ins Land. Geld, viel Geld, selbst für die ärmlichste Stube, für Hühner und Eier, Brot und Kartoffel. Bis das viele Geld der Gruben Felder und Wälder und Wiesen und — Bauern verschlingt.

Als Rentner dämmern sie ein träges Leben zum Tode. Ihre Söhne werden Arbeiter im großen Heer, Kämpfer für eine neue Welt.

Professor Oscar Montelius ist Freitag abend in Stockholm im 79. Lebensjahre gestorben. Montelius, der in seiner Heimat als Reichsarchivar der nordischen Altertumsforschung vorstand, war der führende Mann auf diesem Gebiete. Seine Untersuchungen über die prähistorische Kultur Europas haben fruchtbare Erkenntnisse erschlossen. Insbesondere hat er Licht über die Bronzezeit in ihren Typen und in ihrer Periodisierung verbreitet. Montelius war ein warmer Freund Deutschlands; seine wissenschaftliche Bedeutung war in der ganzen wissenschaftlichen Welt anerkannt.

Die wahre Ursache der Sonnenfleckenperiode. Eine der rätselhaftesten und bisher völlig ungeklärt gebliebenen Erscheinungen in der Physik der Sonne ist die Dauer der Fleckenperioden, die, wie man weiß, rund elf Jahre umfaßt. Diese Perioden hatten bisher jeder Erklärung gespottet; die mancherlei zu ihrer Deutung aufgestellten Theorien erschienen durchweg so unwahrscheinlich, daß mit ihnen ernstlich nichts anzufangen war. Mehr als 300 Jahre sind seit der ersten Wahrnehmung der Sonnenflecken vergangen. Unmittelbar nach der Erfindung des Fernrohrs, im Jahre 1610, wurden sie zum ersten Male beobachtet, und schon im Jahre 1776 hatte Horebow die Vermutung ausgesprochen, daß die starken Schwankungen der Zahl und Größe der Sonnenflecken periodischer Natur seien. Der erste, der die elfjährige Periode in der Zunahme und Abnahme der Sonnentätigkeit ziffernmäßig festgestellt hat, war der Hofapotheker Schwabe in Dessau (1843). Aus der Gesamtzahl der Sonnenflecken-Beobachtungen von 1610 bis heute bestimmt sich die Größe der Periode auf durchschnittlich 11,11 Jahre. Der Zeitunterschied vom Maximum zum Minimum beträgt 6,6 Jahre, während sich der Wechsel vom Minimum zum Maximum schon in 4,5 Jahren vollzieht.

Der amerikanische Astronom See hat seit vielen Jahren Untersuchungen über die Fleckenperiode angestellt und jetzt wie Dr. Archenhold im „Weltall" mitteilt, einen vorläufigen Bericht über seine Forschungen veröffentlicht, der zum ersten Male eine plausible Erklärung dieses Phänomens gibt. See führt die Entstehung der Fleckenperiode auf in die Sonne stürzende Meteormassen zurück, die einer gemeinsamen Wirkung von Jupiter und Saturn zuzuschreiben ist. Diese beiden großen Planeten sind in Zwischenräumen von 9,9 Jahren in Konjunktion und Opposition, während sich Jupiter in 11,9 Jahren um die Sonne bewegt. See weist darauf hin, daß durch Saturn die Hauptwirkung des Jupiterumlaufs bei der Sonnenfleckenperiode um $^{6}/_{10}$ Jahre verkürzt wird. Die auf die Sonne niederströmenden Meteorschwärme haben ihren Ursprung in den Mitgliedern der Kometenfamilie des Jupiter. Cowell und Fatheringham haben durch Untersuchungen der alten Sonnenfinsternisse eine Säkularbeschleunigung der Erdbewegung errechnet, die sich durch das Niederströmen von Meteorschwärmen erklären läßt, woraus See schließt, daß hierdurch die oben auseinandergesetzte Erklärung der Entstehung der Sonnenfleckenperiode große Wahrscheinlichkeit für sich in Anspruch nehmen kann.

Die größte Uhr Europas. Eine riesige Uhr, die die größte Europas ist, wurde während des Krieges in Siemensstadt bei Berlin fertiggestellt, und in der „Umschau" gibt nun Hans Bourquin genauere Zahlen über dieses Meisterwerk deutscher Technik. Die Uhr ist auf einem viereckigen Turm angebracht, der bei einer Höhe von 75 Meter nicht weniger als 18 Stockwerke enthält. Der Durchmesser der vier Zifferblätter beträgt je 7 Meter. Jeder der vier großen Zeiger ist drei Meter lang, die kleinen Zeiger messen 1,75 Meter; das Gewicht eines Zeigerpaares beträgt 700 Kilogramm. Der kleine Zeiger ist durch ein Gegengewicht ausgewogen, das eine ansehnliche Scheibe an einem eisernen Arm darstellt. Zifferblätter und Zeiger erscheinen bei Nacht leuchtend. Das Schlagwerk ist nicht hinter dem Zifferblatt angeordnet, sondern hinter diesem befindet sich nur eine Fortschaltvorrichtung, auf die die elektrischen Antriebe einwirken, die sich unten in einem geschützten Raum befinden. Die Zeitgebung geht von einer Uhrzentrale aus, und selbstverständlich geht die Uhr ganz genau, wobei Ueberwachungseinrichtungen sofort erkennen lassen, wenn an irgendeiner Stelle eine Störung eingetreten ist.

Ein deutsches Kunstverlagsgesetz in Vorbereitung. Um ein erstes deutsches Kunstverlagsgesetz vorzubereiten, haben sich jetzt nach über 17 Jahre erstreckenden Bemühungen die beiden Parteien, die Künstler und die Verleger, zu Verhandlungen zusammengefunden. Diese Beratungen, die von den Vertretern des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler Deutschlands und der Vereinigung der Kunstverleger geführt werden, nehmen einen günstigen Verlauf, so daß Aussicht besteht, daß eine zwangsweise Regelung der Materie durch das Reichsjustizministerium vermieden werden und das Gesetz auf freiwilligen Vereibarungen der beiden Parteien aufgebaut werden kann.

Erstaufführungen der Woche. Mont. Großes Schauspielhaus: „Götz von Berlichingen." — **Freit.** Walhalla-Theater: „Jung muß man sein."

Uraniavorträge. Sonntag und Sonnabend: „Im Flugzeug zum Monde". Donnerstag: „Die Wunder des Schneeschuhs". Am Dienstag, Freitag: „Wie ein Film entsteht!" Mittwoch spricht Graf Larisch über: „Sturmwellen, Hochsee und Brandung".

Im „Theater am Nollendorfplatz" findet am Dienstag, 8. d. M., nachmittags 3½ Uhr, die erste Märchenvorstellung von „Schneeweiß und Rosenrot" statt, die dann an jedem Dienstag und Freitag wiederholt wird.

An die Charlottenburger Kunstgewerbeschule ist der Maler und Graphiker Max Hertwig als Lehrer für Schrift berufen worden. Die Anstalt hat dem Maler Otto Marcus einen Lehrauftrag erteilt zur Einführung in die rechtlichen und geschäftlichen Bedingungen des Künstlerberufes.

daher der weiteren Beratung entziehen. (Graf Apponyi verließ hierauf mit zwölf Abgeordneten den Sitzungssaal.) Der Präsident der Nationalversammlung nahm gegen die Erklärung des Grafen Apponyi Stellung.

Budapest, 4. November. (WTB.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird mit Rücksicht darauf, daß die von der Entente gestellte Frist für die Entthronung der Habsburger am Montag abend abläuft, die Nationalversammlung am Sonntag eine Sitzung abhalten. Nach Erledigung der Vorlage werde die Regierung zurücktreten.

Die Entente läßt nicht locker.

Paris, 4. November. (Havas.) Die Botschafterkonferenz wird binnen kurzem die ungarische Regierung wissen lassen, daß es sich gehöre, daß die ungarische Nationalversammlung die Unwählbarkeit zum Thron für alle Mitglieder des Herrscherhauses Habsburg in bestimmter Form ausspreche; der von dieser beschlossene Wortlaut proklamiere nur den Thronverlust des Exkönigs Karl, ohne diese Unwählbarkeit irgendwie zu erwähnen.

Für deutsche Arbeitskraft.

Paris, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) **Der Präfekt des Somme-Departements hat gestern den Bürgermeister und Ortsvorsitzenden der Ortschaften des Gebietes empfangen, die seinerzeit zerstört worden sind und die, wie von den deutschen Gewerkschaftsvertretern vorgeschlagen worden war, mit deutschen Arbeitern wieder aufgebaut werden sollen. Der Präfekt legte den Ortsvorständen die Frage vor, ob sie und die durch sie vertretene Bevölkerung mit dem Wiederaufbau durch deutsche Arbeiter einverstanden seien. Die Ortsvorstände haben diese Frage bejahend beantwortet. Der Präfekt wird darum morgen auf einer Konferenz, die im französischen Wiederaufbauministerium stattfindet, über diese Umfrage berichten.**

England gegen das Angora-Abkommen.

Paris, 5. November. (EE.) Der Londoner „Matin"-Korrespondent meldet, daß die Protestnote der englischen Regierung gegen das französisch-kemalistische Abkommen den Vorwurf gegen Frankreich erhoben habe, daß es trotz der Abmachungen vom August 1920 einen Vertrag mit Mustapha Kemal abgeschlossen habe. Die Note wird in größter Offenheit gehalten sein und einerseits hervorheben, daß Frankreich die Verpflichtungen gegenüber einer Regierung einging, die offiziell kein Recht habe, Gebiete zu besetzen, die die Engländer eroberten und für die das vom Völkerbund erteilte Mandat Frankreichs bisher noch nicht bestätigt wurde. Frankreich müsse begreifen, daß die Lage in diesem Gebiet, in dem England wichtige Interessen zu vertreten habe, für England von großer Bedeutung sein müsse. Deshalb errege es England, daß entgegen den Bestimmungen des zwischen Briand und Bekir Sami Bey unterzeichneten Abkommens dieser neue Vertrag abgeschlossen worden sei, der einen Teil der Bagdadbahn auf türkisches Gebiet verlegt. Außerdem hätten die Franzosen den Kemalisten das Recht zuerkannt, diese Eisenbahnlinie zu Truppentransporten zu benutzen. Das könne eine ständige Beunruhigung Europas bedeuten. England wisse nicht, welche Verpflichtungen Franklin Bouillon (der französische Unterhändler in Angora. Red.) Jussuf Kemal Bey gegenüber eingegangen ist, aber die Tatsache, daß der an Briand in dieser Angelegenheit gerichtete Brief bisher unbeantwortet geblieben sei, beunruhige England. Es müsse darüber Aufklärung erhalten. Es verstehe sehr gut, daß Frankreich das Leben seiner Soldaten in Cilicien schonen wolle, aber dieser Zweck wäre besser zu erreichen, wenn es General Gourand aufforderte, direkt mit einem kemalistischen General zu verhandeln. Die Vertrauensmänner von Lord Curzon verhehlen nicht, daß die Anerkennung des französisch-kemalistischen Abkommens für Englands Unabhängigkeit eine Gefahr bedeute.

Nachspiel zum Gesellenmordprozeß.

München, 5. November. (WTB.) Das Volksgericht München verurteilte den am Gesellenmord im Mai 1919 beteiligten ehemaligen Husar Latosi wegen schweren Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus, während die Schuldfrage bezüglich Totschlags mangels schlüssiger Beweise verneint wurde. Latosi war am 6. Mai in den Keller eingedrungen, wo sich die gefangenen Gesellenvereinsmitglieder befanden und hatte mit einem Revolver auf die Leute geschossen, mit einem Dolch auf sie eingestochen und den Leichen verschiedene Wertgegenstände abgenommen.

Onkel Sams Kampf gegen den Alkohol. Der Budgetplan sieht für das nächste Jahr zehn Millionen Dollar gegen 2½ Millionen Dollar im Vorjahre, für die Anwendung des Gesetzes gegen den Verkauf alkoholischer Getränke vor.

Wirtschaft

Die Teuerungswelle.

Die Rückwirkung der Entwertung der deutschen Mark auf die Lebenshaltung der breiten Volksschichten wird von Tag zu Tag fühlbarer. Am schärfsten sind die Preissteigerungen auf denjenigen Marktgebieten, deren Versorgung ganz oder teilweise von Auslandszufuhren abhängt. Leider handelt es sich hierbei gerade um diejenigen Produkte, die für die Volksernährung unentbehrlich sind. Die nachstehende Tabelle zeigt die Bewegung der Großhandelspreise für Weizenmehl, Roggenmehl und Viktoria-Erbsen, sowie die Kleinhandelspreise für Eßkartoffeln, Eßbutter und Hühnereier. Den amtlich ermittelten Durchschnittspreisen für die Septembermonate wurden die Berliner Marktpreise vom 2. November d. J. gegenübergestellt.

	Sept. 13	Sept. 20	Sept. 21	2. Nov. 21
Weizenmehl 1 dz . . .	80,50	238,90	395,58	840—910
Roggenmehl 1 dz . . .	24,83	219,60	259,14	640—700
Viktoriaerbsen 1 dz . .	80,68	—	640,22	800—860
Eßkartoffeln 1 kg . . .	0,07	0,78	1,45	1,90
Eßbutter 1 kg	2,70	35,06	59,28	76—80
1 Hühnerei	0,08	2,08	2,09	3,10

Nach dem Verlauf des Geschäfts an den deutschen Getreidebörsen in den ersten Novembertagen zu urteilen, dürfte die Steigerung der Getreidepreise vorläufig in scharfem Tempo fortschreiten. Die Mehlvorräte bei den Mühlen sind außerordentlich gering, auch der Großhandel verfügt über keine Reserven, da in diesem Jahre der Ausdrusch des Brotgetreides auffallend langsam fortschreitet. Bemerkenswert ist auch die Knappheit am Futtermittelmarkte. Die Preise für Mais, Hafer, Kleie und Rauhfutter sind in letzter Zeit außerordentlich scharf gestiegen. Wenn bisher der Auftrieb an den Viehmärkten noch sehr reichlich und die Bewegung der Fleischpreise eine für heutige Verhältnisse ruhige war, so sind hieraus durchaus nicht etwa günstige Schlüsse zu ziehen. Der ohnehin dezimierte Viehbestand Deutschlands ist in den letzten Wochen infolge der Futterknappheit durch Notschlachtungen weiter eingeschränkt worden. Die Wirkungen dieser Vorgänge werden sich erst im kommenden Winter in einer allgemeinen Einschränkung der Versorgung mit Milch, Butter und Fleisch äußern. Ein Ende der jetzigen Teuerungswelle ist vorläufig noch nicht abzusehen.

Groß-Berlin

Ein mißlungener Schlag.

Nachwort zum Prozeß gegen die „Viktoria"-Angestellten.

Der Landfriedensbruchprozeß gegen die Angestellten der „Viktoria"-Versicherungsgesellschaft wegen der Zerstörung eines im Berliner Geschäftshaus der „Viktoria" aufgefundenen Waffenlagers hat mit Freisprechung der Angeklagten geendet. (Vgl. Berichte im „Vorwärts" Nrn. 521 und 523.) Die Geschworenen haben hier ein Urteil gefällt, das dem gesunden Empfinden weitester Kreise der Bevölkerung entspricht und der Gerechtigkeit zum Siege verhilft. Weniger als die Angeklagten werden über das Ergebnis dieses Prozesses verschiedene andere Leute erfreut sein, die in ihm als Zeugen eine Rolle spielten, sich aber als die eigentlichen Angeklagten betrachten dürften.

Die Direktion der „Viktoria" glaubt vielleicht, reingewaschen dazustehen, weil ihr Generaldirektor erklärt hat, daß er von dem Waffenlager nichts gewußt habe. Ein Rätsel bleibt doch, wie ein Führer der Einwohnerwehr sich herausnehmen konnte, im Keller des „Viktoria"-Gebäudes ein Waffendepot anzulegen. Das läßt mindestens auf viel Zuversicht zu einer stillschweigend billigenden Direktion schließen; denn ohne solche Hoffnung würde wohl selbst ein Einwohnerwehrführer, wie der Zahnarzt Richard Falz, der sich dieses Stücklein leistete, und auch vor Gericht sich sehr keck benahm, nicht den Keller des „Viktoria"-Gebäudes als Schlupfwinkel zu benutzen gewagt haben. Im Prozeß wurde festgestellt, daß auch „Viktoria"-Angestellte in die Einwohnerwehr eintraten, damit sie zu Waffen kamen. Nimmt man dazu das vertrauliche Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsgesellschaften, der für den Lohnkampf zum Schutz von „Arbeitswilligen" die Hinzuziehung von Sicherheitspolizei und nötigenfalls auch Fühlungnahme mit der Reichswehr empfahl, dann begreift man's, daß bei Auffindung des geheimen Waffenlagers die Mehrzahl der „Viktoria"-Angestellten die Absicht eines gewaltsamen Vorgehens der Direktion für glaubhaft hielt. Ungeklärt blieb in dem Prozeß die Frage, ob die Direktion an die Einwohnerwehr eine Entschädigung für den Verlust des Waffenlagers gezahlt oder wenigstens die Absicht einer solchen Zahlung anfangs gehabt hat.

Von dem Prozeß wurde anscheinend auch erwartet, daß er sich als ein Schlag gegen die freigewerkschaftliche Organisation der Versicherungsangestellten bewähren werde. „Störend" wirkte freilich, daß unter den Angeklagten auch ein paar sozusagen „ordnungsliebende" Leute waren, die nach dem Grundsatz „mitgefangen, mitgehangen" behandelt werden mußten. Zu den „Höhepunkten" dieses forensischen Dramas gehörte die Vernehmung eines Führers deutschnationaler Versicherungsangestellten, des Herrn Springfeld. Dieser Mann, der sich immer wieder in Widersprüche verwickelte, war eine der Hauptstützen des schließlich so kläglich zusammenbrechenden Gebäudes der Anklage.

•

Freigesprochen und aufs Pflaster geworfen!

Soeben, als diese Zeilen niedergeschrieben waren, erfahren wir, daß die sieben der freigesprochenen Angeklagten, die bisher noch bei der „Viktoria" beschäftigt geblieben waren, heute früh vom Direktor Tiedtke zur Kündigung aufgefordert worden sind. Andernfalls hätten sie sich, drohte er, am Montag als

entlassen

zu betrachten. Zu diesem Entschluß sei er gekommen, nachdem er aus dem Gerichtsverfahren sich über die Sache unterrichtet habe. Unter den in so empörender Weise aufs Pflaster geworfenen Angestellten sind alte Leute, die bis zu 17 Jahren bei der „Viktoria" beschäftigt sind und Pension zu beanspruchen hätten.

Die Bergungsarbeiten auf dem Wannsee.

Die Ertrunkenen noch immer nicht geborgen.

Am heutigen Sonnabend Morgen sind die Nachforschungen nach den bisher noch vermißten Personen weiter fortgesetzt worden. Leider finden die Behörden bei den Familien der Vermißten nicht die erforderliche Unterstützung, so daß bei Leichenfunden, die an anderen Stellen des Wannsees gemacht werden, nicht mit Gewißheit festzustellen ist, ob es sich etwa um Ertrunkene des untergegangenen Storkow handelte, die von der Strömung abgetrieben sind. Wie jetzt einwandfrei festgestellt ist, ist der Kaufmann Alin mit dem sinkenden Schiff in die Tiefe gerissen worden, da noch durch Zeugen beobachtet wurde, daß der Kaufmann beim Verlassen der Kajüte bewußtlos zusammenbrach. Man ist der Ansicht, daß die noch vermißten Personen in der Nähe des jetzt angehobenen Dampfers liegen, doch konnte gerade dieser Platz, der durch Ketten, Trossen usw. gesperrt ist, bisher nicht in der erforderlichen Weise mit den vom Reichswasserschutz konstruierten Suchleinen kontrolliert werden. Gewißheit dürfte man erst am Montag erhalten, da die Hebungsarbeiten des Storkow sich voraussichtlich über Sonntag erstrecken werden.

Die polizeilichen Ermittlungen sind jetzt abgeschlossen und dem Untersuchungsrichter übergeben worden, der jetzt das Verfahren gegen den Kapitän Nichelmann und den Steuermann Goldmann einleiten wird. Die abgeschlossenen Zeugenaussagen lauten für Nichelmann außerordentlich belastend, während der Steuermann zwar nicht schuldlos gewesen zu sein scheint, aber doch im kritischen Augenblick entsprechend den Anweisungen des Kapitäns gehandelt hat.

•

Das Polizeipräsidium meldet vor Schluß des Blattes: Beim Heben des Storkow wurden zwei weitere Leichen aufgefunden. In der einen wurde der Topograph Adolf Guttmann, Tempelhof, Borussiastr. 4, erkannt. Die Personalien der zweiten Person konnten noch nicht festgestellt werden.

Die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers.

Die neue Stadtverordnetenversammlung wird, wie nunmehr auf Grund der gestrigen Besprechung der Fraktionsvertreter beim Oberbürgermeister Böß feststeht, am Donnerstag, 10. November, zusammentreten. Mit Rücksicht auf den demokratischen Parteitag wird diese Sitzung nur der Einführung der Stadtverordneten in ihr Amt dienen und die Erledigung der anderen in Aussicht genommenen Punkte der Tagesordnung auf Donnerstag, den 17. November, verschoben werden. Zu dieser Tagesordnung wird in erster Reihe die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers und der drei Vorsteher-Stellvertreter, sowie der Beisitzer gehören, ferner die Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen und zur Verteilung der auf den Stadtlisten gewählten Stadtverordneten auf die Bezirksversammlungen, sowie die Beschlußfassung über die Größe der Ausschüsse und zentralen Deputationen.

Das Urteil im Fahnenprozeß.

Gegen 12 Uhr nachts wurde das Urteil gegen die 13 Angeklagten gefällt, die aus Anlaß der Vorgänge in Dahme wegen Landfriedensbruch vor den Potsdamer Geschworenen angeklagt waren. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, die sich auf Landfriedensbruch beziehen und ebenso die Frage nach Nötigung bei 9 Angeklagten. Das Gericht verurteilte daraufhin die Angeklagten Göritz, Rothenburg und Friese wegen Nötigung zu je einem Monat Gefängnis, Jacke zu 450 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Zur stillen Freude der deutschnationalen Rummelstudenten von Dahme ist also wenigstens etwas hängen geblieben, wenn es auch mit dem „Landfriedensbruch" nichts war

Segelflugversuche auf dem Tempelhofer Feld.

Nach Beendigung des Wettbewerbes für motorlose Segelflugzeuge in der Rhön, wo in diesem Jahre ganz unerwartet hohe Flugleistungen bis 21 Minuten erzielt wurden, beabsichtigt der Berliner Modell- und Segelflugverein auch über die Wintermonate hindurch Segelflüge zu veranstalten. Die ersten Flüge finden Sonntag, den 13., 20. und 27. November, vormittags 10 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde bei der Paradepappel mit neuen Segelflugzeugmodellen statt. Die Modelle werden aus einer Höhe von ca. 200 Meter vom Drachen des Drachenkonstrukteurs B. Horstenke aus gestartet und die Flugdauer gewertet. Damit möglichst viele Mitglieder mit der Handhabung und dem praktischen Bau von Segelflugzeugen Erfahrungen sammeln können, ist der Bau eines Schulflugzeuges in der Vereinswerkstatt in Angriff genommen, auf dem dann praktischer Flugunterricht erteilt wird. Interessenten erfahren näheres bei der Geschäftsstelle: Paul Schlak, Berlin N. 58, Pappel-Allee 15.

Aus dem Flüchtlingslager Adlershof kommen neue Klagen. Die Baracken, die in der Kriegszeit nur zu vorübergehender Unterbringung von Militär errichtet wurden, lassen sich beim besten Willen nicht in wohnliche Behausungen umwandeln. Das Bezirksamt Treptow, an das der Mieterausschuß sich wegen schleunigster Beseitigung der Mängel wandte, erkannte diese Forderung an, aber die für das Flüchtlingslager bereitgestellten 100 000 M. reichten nicht aus. Den Antrag des Bezirksamts, 540 000 M. zu bewilligen, genehmigte der Magistrat Berlin nicht. Jetzt wird bitter geklagt, daß kurz vor Eintritt des Winters noch die Oefen und Herde der Reparatur harren, durch die undichten Wände der Wind pfeift, in die Räume Wasser eindringt, Aborte und Sickeranlagen sich in skandalösem Zustand befinden. Wie wir hören, sollen die nötigsten Ausbesserungsarbeiten ausgeführt werden, aber dem Grundübel ist natürlich nicht abzuhelfen, weil die Baracken eben nicht von vornherein als Dauerwohnungen erbaut sind. Es wird beabsichtigt, diese Notbuden zum Herbst nächsten Jahres überhaupt außer Benutzung zu setzen, falls bis dahin den Bewohnern andere und bessere Quartiere beschafft werden können. Ob das aber möglich sein wird, ist noch sehr fraglich.

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes hatte die Ortsverwaltung Berlin eine würdige Feier in den Räumen der Brauerei „Friedrichshain" veranstaltet, die durch die gerade in Berlin tagende Reichs- und Staatsarbeiterkonferenz außer den etwa 2000 Berliner Besuchern über 100 Vertreter des Verbandes aus allen Teilen des Reiches aufwies. Das Festprogramm wies einen so künstlerisch hochstehenden Inhalt auf, daß es sich verlohnt, es auch an dieser Stelle zu erwähnen. Wuchtig setzte die Ouvertüre zu „Robespierre" von Vitolff ein, mit gutem Ausdruck vorgetragen von dem Tonkünstlervereins-Orchester unter Emil Thilos bewährter Führung. Feinsinnig wirkten auch die bekannten vier Stücke aus Edward Griegs Musik zu „Peer Gynt". Dore Busch brachte dann sehr wirkungsvoll die Arie der Elisabeth aus Wagners „Tannhäuser" zu Gehör. Der Gesangverein „Ramenlos" (M. d. DASB.) begann den zweiten Teil mit Uthmanns herrlichem Festchor: „Das heilige Feuer". Damit war der Rahmen geschaffen für den Festprolog von Ernst Preczang, der von Emil Kühne vorgetragen wurde. Ihm folgte der Festvortrag des Bevollmächtigten Karl Polenske, der die Entwicklung des Verbandes wie der Berliner Filiale eingehend würdigte. Unter den weiteren Vorträgen wirkte besonders stark der „Vespergesang", ein russisches Volkslied mit choralartigem Charakter. Der Matrosenchor aus Wagners „Fliegenden Holländer" verfehlte auch hier nicht seine rhythmische Wirkung, die dann noch ihre höchste Steigerung erfuhr in dem die Massen so stark ansprechenden Dehmelschen „Erntelied" von Fried. Alles in allem darf gesagt werden, daß diese Festveranstaltung der Bedeutung der Feier durchaus entsprach.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kühler, vielfach heiter, jedoch unbeständig mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Theater der Woche.

Vom 6. bis 13. November.

Volksbühne: 6., 8., 9. und 13. Masse Mensch. 7. Kapitän Brassbounds Bekehrung. 10., 12. Der Bauer als Millionär. 11. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. — **Opernhaus:** 7. Maskenball. 8. Freischütz. 9. Turandot. Alessino. 10. Herzogelt. Josephs-Legende. 11. Der fliegende Holländer. 12. Hoffmanns Erzählungen. 13. Tosca. — **Schauspielhaus:** 7. Peer Gynt. 8. Die gefesselte Phantasie. 9. Fiesco. 10. Peer Gynt. 11. Othello. 12. Peer Gynt. 13. Othello. — **Deutsches Theater:** 6., 9. bis 13. Prinz Louis Ferdinand. 7. Potosch u. Perlmutter. 8. Neon. — **Kammerspiele:** Der Hühnerhof. — **Großes Schauspielhaus:** 6. Die Räuber. Ab 7. Götz von Berlichingen. — **Lessing-Theater:** 6., 8., 9., 11., 12. und 13. Die Spielereien einer Kaiserin. 7. und 10. Der lasterhafte Herr Tschu. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 6., 8. bis 13. Manon Lescaut. 7. Satans Maske. Mit dem Feuer spielen. — **Deutsches Opernhaus:** 6. Der Troubadour. 7. und 13. Der fliegende Holländer. 8. Figaros Hochzeit. 9. Der Zigeunerbaron. 10. Rigoletto. 11. Der Freischütz. 12. Eugen Onegin. — **Schiller-Theater:** 6. und 8. Die Stützen der Gesellschaft. 7., 9., 11. und 13. Meine Frau, die Hoschauspielerin. 10. Don Carlos. 12. Der Raub der Sabinerinnen. — **Neues Volks-Theater:** 6., 7., 11. und 12. Rose Bernd. 9., 10. und 13. Jugendfreunde. 8. Die Wildente. — **Die Tribüne:** Die fremde Frau. Größenwahn. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der heilige Ambrosius. — **Komödienhaus:** Die Fahrt ins Blaue. — **Berliner Theater:** Prinzessin Olala. — **Kleines Schauspielhaus:** Kili. — **Trianon-Theater:** Mein Freund Teddy. — **Residenz-Theater:** Der König in Paris. — **Zentral-Theater:** Das Detektivmöbel. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Debüt. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** American-Girl. — **Komische Oper:** Der Herr der Welt. — **Lustspielhaus:** Peter Brauer. — **Metropol-Theater:** Die Straßensängerin. — **Neues Operetten-Theater:** Die Königin der Nacht. — **Thalia-Theater:** Schäm dich, Lotte. — **Theater am Nollendorfplatz:** Die Ehe im Kreise. — **Theater des Westens:** Die Braut des Lucullus. — **Kleines Theater:** Fräulein Josette, meine Frau. — **Wallner-Theater:** Nixchen. — **Walhalla-Theater:** 6. bis 10. Die Glocken von Corneville. Ab 11. Jung man sein. — **Rose-Theater:** Fidele Brüder. — **Kasino-Theater:** Der Weg zum Glück. — **Neues Theater am Zoo:** Das Ewig-Weibliche. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 6., 7., 8., 10., 12. und 13. Das Konzert. 9. Minna von Barnhelm. 11. Ehe. — **Folies Caprice:** Nanons Debüt. — **Admiralspalast:** 6., 7., 9., 11. Die roten Schuhe. 8., 10., 12. und 13. Abracadabra. — **Theater am Kurfürstendamm:** Die fremde Frau. — **Intimes Theater:** Lauf doch nicht immer nackt herum. Die Spelunke.

Nachmittagsvorstellungen: **Volksbühne:** 6. und 13. Der Bauer als Millionär. — **Schauspielhaus:** 12. Nathan der Weise. 13. Der Kronprinz. — **Deutsches Theater:** 13. Die Büchse der Pandora. — **Kammerspiele:** 6. Die Büchse der Pandora. 13. Frühlings Erwachen. — **Großes Schauspielhaus:** 6. Die Weber. 13. Die Räuber. — **Lessing-Theater:** 6. und 13. Die Marquise von Arcis. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 6. Salome. 10. Satans Maske. Mit dem Feuer spielen. — **Deutsches Opernhaus:** 6. 11 Uhr: 3. Sinfoniekonzert. 2½ Uhr: Die Schwätzerin von Saragossa. 13. 2½ Uhr: Der Postillon von Lonjumeau. — **Schiller-Theater:** 6. und 13. Heilige. 9. Don Carlos. 12. Die Stützen der Gesellschaft. — **Neues Volks-Theater:** 6. Die Wildente. 13. Jugendfreunde. — **Die Tribüne:** 13. 11½ Uhr: Tanzmatinee Klein Ruth-Ritter. 3½ Uhr: Totentanz. — **Deutsches Künstler-Theater:** 6. und 13. Flamme. — **Komödienhaus:** 6. Die Sache mit Lola. 13. Jonnys Busenfreund. — **Berliner Theater:** 6. Der letzte Walzer. 13. Das Milliardenlouper. — **Kleines Schauspielhaus:** 6. Kindertragödie. — **Trianon-Theater:** 6. Die große Leidenschaft. — **Residenz-Theater:** 6. Eychen Hambrego. — **Zentral-Theater:** 6. Kabale und Liebe. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 6. und 13. Margarete (Faust). — **Lustspielhaus:** 6. Die Schauspieler. — **Thalia-Theater:** 6. und 13. Rumpelstilzchen. — **Theater am Nollendorfplatz:** 6. und 13. Der Peitze aus Dingsda. 8. und 11. Schneeweiß und Rosenrot. 9., 10. und 12. Der fliegende Holländer. — **Theater des Westens:** 6. und 13. Der ersten Liebe goldene Zeit. 8. Renaissance. 9. und 12. Hänsel und Gretel. 11. Die Haubenlerche. — **Kleines Theater:** 6. Der Dieb. — **Walhalla-Theater:** 6. und 13. Sherlock Holmes. — **Rose-Theater:** 6. und 13. Das Glück der kleinen Leute. 12. Dornröschen. — **Kasino-Theater:** 6. Pianofeldeld. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 6. Die Laune des Verliebten. Die Mitschuldigen. 13. Minna von Barnhelm. — **Admiralspalast:** 6. und 13. Die roten Schuhe. — **Theater am Kurfürstendamm:** 13. 11½ Uhr: Rhythmisch-plastische Aufführungen der Dalcroze-Schule Hellerau. 3½ Uhr: Bunbury. — **Intimes Theater:** 6. Rechter Hand, linker Hand. Der Herr, der unverwundbar ist. Eine Liebesnacht.

Gewerkschaftsbewegung

An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

Arbeiter! Arbeiterinnen! Angestellte!

Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend am 2. November hat beschlossen, daß, wenn nicht innerhalb drei Tagen zwischen den streikenden Angestellten im Gastwirtsgewerbe und ihren Arbeitgebern eine Einigung zustande kommt, der Generalstreik zur Unterstützung der Streikenden proklamiert werden soll. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde der Ausschuß der Gewerkschaftskommission betraut.

Inzwischen sind die Bemühungen, den Streik auf dem Verhandlungswege zu einem beide Parteien befriedigenden Abschluß zu bringen, fortgesetzt worden. Diese Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich nunmehr die Unternehmer bereiterklären, vor einem Schiedsgericht mit drei unparteiischen Vorsitzenden zu erscheinen und dessen Spruch sich zu unterwerfen.

Nach dieser so veränderten Situation hat der unterzeichnete Ausschuß beschlossen, zunächst noch mit der Proklamierung des Generalstreiks zurückzuhalten, bis das Ergebnis der Verhandlungen des Schiedsgerichts vorliegt und bekannt ist, ob die Unternehmer ihr Wort, den Schiedsspruch anzunehmen, auch einlösen werden.

Die Arbeitnehmerschaft aber rufen wir auf, Gewehr bei Fuß zu stehen und sich bereitzuhalten, damit sie sofort in Aktion treten kann, wenn sie gerufen wird. Halten die Unternehmer nicht Wort, kommt es also zu keiner Verständigung zwischen den Parteien, dann wird der Generalstreik proklamiert und rücksichtslos durchgeführt.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

G. Sabath.

Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter.

Eine Konferenz der im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vereinigten Reichs- und Staatsarbeiter tagte Ende Oktober in Berlin. Verbandsvorsitzender Müntner gab einen Rückblick über die Entwicklung der Sektion der Staatsarbeiter im Verband. Diese Kategorie hat erst nach dem November 1918 ihre Organisation aufbauen können.

Ueber „Die Organisations- und sozialen Verhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter" referierte Stetter, Berlin. In fast zweistündigem Referat ging der Redner auf die Verhältnisse der Staatsarbeiter in Vergangenheit und Gegenwart ein. Ueber eine Million Arbeiter sind in Reich und Staat beschäftigt. Da wir für die Verkehrsarbeiter nicht zuständig sind, so bleiben für den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband noch etwa 150 000 Arbeiter organisierbar, die sich aber zurzeit noch in etwa 20 Organisationen befinden. Dem Verband gehören 17 800 Reichs- und 28 900 Staatsarbeiter an. Der Referent schilderte die sozialen Verhältnisse vor dem Kriege: Schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeit und geringe soziale Fürsorge. Inzwischen ist dank der Arbeit der Organisationen ein tariflich geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis mit achtstündiger Arbeitszeit, Differenzbezahlung in Krankheitsfällen, Lohnfortzahlung bei kurzen Arbeitszeitversäumnissen, Urlaub und anderen Errungenschaften durchgesetzt werden. Die Löhne sind der herrschenden Teuerung leider noch nicht entfernt angepaßt. Die untersten Lohngruppen sind noch immer weit entfernt vom Existenzminimum.

Zur Organisationsfrage wurde ein Antrag dem Verbandsvorstand überwiesen, welcher die Regelung der Lohnverhältnisse nach dem Prinzip der gleitenden Lohnskala verlangt. Ein Antrag, einen besonderen Arbeitsnachweis für Staatsarbeiter, eventuell unter Angliederung an die Gemeindearbeiternachweise, wurde angenommen. Eine Entschließung bringt zum Ausdruck, daß die Vertreter der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter ihre wirtschaftliche Interessenvertretung in der einheitlichen Zusammenfassung in großen Arbeitnehmerorganisationen erblicken. Von den dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften wird Verständnis und Unterstützung erwartet, damit dieser Zusammenfassung im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden.

In einer zweiten Entschließung protestieren die Versammelten gegen die in den Gesetzentwürfen über Arbeitszeit und Schlichtungsordnung zum Ausdruck gebrachte Ausnahmestellung für die in Reich und Staat beschäftigten Arbeiter, sowie gegen diese Entwürfe überhaupt.

Ueber „Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Reichs- und Staatsbetrieben" referierte Schulz-Berlin. Er gab eine eingehende Darstellung über die Grundfragen des Tarifwesens in öffentlichen Betrieben. Ist auch heute das Arbeitsrecht noch nicht vereinheitlicht, so seien doch immerhin Ansätze zu einer neuen umfangreichen Gesetzgebung vorhanden und es sei zu wünschen, daß auf diesem Gebiete etwas schneller gearbeitet wird.

In der ausgiebigen Diskussion wurde eine Reichstarifkommission gefordert und folgender Beschluß gefaßt:

„Die Reichskonferenz der Staatsarbeiter erblickt in der beabsichtigten Einführung der „Dienstbereitschaft" eine Maßnahme der Regierung, um den achtstündigen Arbeitstag in einer verschleierten Form zu durchbrechen und lehnt deshalb eine derartige Arbeitszeitregelung ab. Es wird dem Verbandsvorstand aufgegeben, auch bei den übrigen an den Tarifen der Staatsarbeiter beteiligten Gewerkschaften dahin zu wirken, daß eine gleiche ablehnende Stellungnahme gewährleistet ist."

Ueber „Die Einführung einer Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung für Reichs- und Staatsarbeiter" referierte Scharlau-Berlin. An der Hand eines Entwurfs des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes begründet er die Notwendigkeit einer Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse.

Nach gründlicher Diskussion wurden der Entwurf sowie die dazu gestellten Anträge dem Verbandsvorstand als Material überwiesen.

Ein Referat über „Die Aufgaben der Betriebsräte in den Reichs- und Staatsbetrieben" von Nörpel-Berlin bildete den letzten Punkt der Tagesordnung. Auch hieran schloß sich eine ausgiebige Diskussion, die zum Teil vom kommunistischer Seite ins politische Gebiet übertragen wurde. Der Referent wies in seinem Schlußwort nach, daß nur in geeinter gewerkschaftlicher Arbeit die Betriebsräte ihren Aufgaben nachkommen können.

Die Staatsarbeiter Berlins.

Die Berliner Staatsarbeiter der Branche 13, die die preußischen Verwaltungsarbeiter umfaßt, hatten am Donnerstag bei Boeker eine Obleutekonferenz. Richter berichtete über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Staatsarbeiter im Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, die durch Aufrüttelung der Kollegenschaft und durch manche Anregungen viel gutes für die Organisation, namentlich für die Sektion der Staatsarbeiter, bewirken werde. Fischer ergänzte das Referat.

Ueber die Tariffrage der Staatsarbeiter referierte Mai, indem er einen Bericht von den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen mit der Regierung gab. Für die von den versammelten Obleuten vertretenen Berliner Staatsarbeiter des preußischen Staates sind das Ergebnis Stundenzuschläge von 1,80 M. in Gruppe 1 von 1,60 M. in Gruppe 2 und von 1,50 M. in Gruppe 3, während für die Arbeiterinnen die Stundenzuschläge 1,10 M. in Gruppe 1 und 1,05 M. in Gruppe 2 betragen. (Es kommen in der Branche 13 nur zwei Gruppen weiblicher Arbeitskräfte in Frage.) Die Kinderzuschläge sind von 20 Pf. auf 80 Pf. pro Stunde erhöht worden und werden künftig unter gewissen Voraussetzungen gewährt. Das Nähere werden die im Druck noch nicht vorliegenden Vereinbarungen ergeben. Das Ergebnis ist endgültig.

In der Diskussion wurde, wie auch schon vom Referenten, hervorgehoben, daß in Zukunft mit der Abstufung der Zuschläge nach Gruppen (Handwerker, Vorarbeiter, Angelernte und Ungelernte) zu brechen sei.

An der Demonstration am 9. November beteiligen sich auch die Staatsarbeiter. Die versammelten Funktionäre wurden verpflichtet, für vollzählige Teilnahme einzutreten. Ebenso wurde die Verpflichtung zur Solidarität gegenüber den streikenden Gastwirtsangestellten allseitig anerkannt.

Hoffnung auf die Entente?

„Rationierung der deutschen Sozialfürsorge?" Mit dieser Ueberschrift versah der „Börsen-Courier" am Freitag (Nr. 518) die folgende Notiz:

„Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, kam im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik auch zur Sprache, es drohe die Gefahr, daß die Entente eine Ueberwachungskommission in das deutsche Finanzministerium setzen werde, welche die deutschen Maßnahmen der Sozialversicherung überprüfen und darauf achten werde, daß keine Einrichtung unserer sozialen Fürsorge besser sei, als die Sozialgesetzgebung in dem am weitesten fortgeschrittenen Lande der Entente."

Damit handelte die Entente ganz im Sinne der goldenen Internationale. Wenn unserem Unternehmertum jedwedes Eingreifen der Entente in unsere Angelegenheiten noch so sehr verhaßt wäre, eine „Rationierung" der Sozialfürsorge in Deutschland durch die Entente würde ihm wahrscheinlich sehr erwünscht sein und es mit manchen anderen ihm unbequemen Maßnahmen der Entente aussöhnen. Trotz aller „völkischen" Vorbehalte etwa würde man das Walten der Entente auf diesem Gebiete mindestens als erfreuliche Nebenwirkung begrüßen. Am Ende würde man es selbst nicht an guten Ratschlägen fehlen lassen, wie diese Rationierung am wirksamsten erfolgen kann.

Die Sache hat jedoch einen Haken. Sollte die Sozialversicherung in Deutschland durch die Entente abgebaut werden, mit oder ohne gefälliger Mitwirkung unserer Patrioten, dann würde die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft diese Anschläge unter allen Umständen so zu parieren wissen, daß weder die Entente noch das deutsche Unternehmertum viel Freude davon haben würde. Es frägt sich daher noch sehr, ob es nicht auch vom Standpunkte unseres Unternehmertums aus besser wäre, wenn die Entente die Finger von der deutschen Sozialversicherung ließe. Es kommt dabei nichts Gutes heraus.

Achtung, Fleischergesellen und Hilfsarbeiter!

Zuzug von Fleischergesellen und Hilfsarbeitern nach Westerade (Holstein) zu der Firma Gebr. Raeder ist bis auf weiteres streng fernzuhalten. Zentralverband der Fleischer.

Der Verband preußischer Justizamtsmänner tagt gegenwärtig im Nordwesthotel, um Stellung zu den Besoldungsfragen und der Justiz- und Verwaltungsreform, sowie auch zu den Wirtschaftsfragen zu nehmen. Zu dieser Tagung sind Vertreter des preußischen und des Reichsjustizministeriums, ferner einer großen Anzahl anderer Behörden erschienen. Mehrere Landtagsabgeordnete sind anwesend. Nach den Begrüßungsansprachen, aus denen hervorging, daß eine Vereinigung aller bestehenden Beamtenorganisationen auf dem Gebiete der Rechtspflege mit Erfolg angestrebt wird, folgte ein Vortrag über Besoldungsfragen. Wir werden über den Verlauf der Tagung weiter berichten.

Aus aller Welt.

Besserung. Der Befehl des Andernacher amerikanischen Ortskommandanten, der die Zivilbevölkerung verpflichten sollte, die amerikanische Flagge durch Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen, ist auf Anordnung des amerikanischen Oberkommandos wieder aufgehoben worden. Auch der Befehl der amerikanischen Behörde in Andernach, wonach beim Spielen der Nationalhymne die männliche Bevölkerung der Stadt Ehrenbezeugung zu erweisen hatte, ist zurückgenommen worden.

Radiumdiebstahl in München. In einem Anwesen in Schwabing wurde am Mittwoch von zwei noch unermittelten Männern Radium im Werte von über 1½ Millionen Mark gestohlen. Eines der Präparate befand sich in einem 3,52 Zentimeter langen Silberröhrchen und hat die Nummer Ptr. 1262 und die Jahreszahl 1919. Das Präparat enthält 25,28 Milligramm Radiumelement. Das zweite Präparat befand sich in einem Platinröhrchen mit der Nummer 4635. Das Röhrchen war von einem 5,76 Zentimeter langen Glasrohr umschlossen und trägt die Nummer Ptr. 1553 und die Jahreszahl 1921. Das Präparat enthält 26,76 Milligramm Radiumelement. Man vermutet, daß sich die Täter nach Berlin oder Frankfurt a. M. gewandt haben.

Explosion einer Granate. Auf dem Lagerplatz der Alteisenhandlung Falk-Adler in Cannstatt explodierte eine Granate, die sich unter Alteisen befand. Durch die Explosion sind drei Arbeiter getötet worden.

Feuerschäden in Petersburg. Nach einer Meldung der „Kraßnaja Gaseta" ist die einzige russische Seifenfabrik „Gut" in Petersburg das Opfer einer gewaltigen Feuersbrunst geworden; man vermutet Brandstiftung. Am gleichen Tage ist eine Naphtharaffinierie in Brand gesteckt worden. Das Blatt fordert eine Verschärfung der Kontrolle über die Fabriken und Vorsicht bei der Handhabung der bevorstehenden Amnestie. Auch in der Petersburger Akademie der Wissenschaften hat eine Feuersbrunst gewütet, worunter die Laboratorien beträchtlichen Schaden gelitten haben; es gelang, die Bibliothek der Akademie zu retten.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug
der
18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 19. Ziehungstag 4. November 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

2 zu 15000 M 268344
6 zu 10000 M 107522 135186 229454
18 zu 5000 M 1500 28157 54132 122503 204055 245785 287781 290348 291930
132 zu 3000 M 6498 7342 9052 11524 17214 20087 25022 26701 33161 36623 44944 46077 48742 48751 51519 53671 55744 59969 61300 67477 68317 71237 77 93 78008 87496 88110 99497 103871 111293 114689 116043 117066 120791 128618 129015 129531 137713 138468 143326 143957 150590 157122 170105 184869 185402 194552 196365 199713 207576 212689 220 75 220334 228843 230831 231 79 235.625 241436 246372 252906 253945 266107 271671 279132 278546 278648 286484

318 zu 1000 M 2490 6543 8064 8425 10622 17923 19745 20951 22865 24144 25702 26.35 26199 26474 26500 26437 27947 28429 330 9 35456 41016 42072 47268 49107 49763 53291 53573 53800 54748 55592 56143 56401 60969 61431 63547 63577 64139 64469 65368 67600 68550 68659 71574 71782 74112 76537 77354 814 9 84567 85187 85.86 85519 87112 92889 93760 95147 101280 101497 104078 104552 105364 107656 108098 112312 112841 120066 120237 12.653 1.8838 129164 1.9.96 130269 130412 131668 132897 135277 137242 137369 139018 140193 146424 147302 147434 148478 148066 153888 154145 157879 160193 16.969 166836 168278 169764 172459 173404 174026 176243 176940 177886 178160 180449 187272 187949 189.. 192291 193566 194971 195368 200396 200665 201874 207017 212229 213000 21.793 216.5 216710 218618 220863 220889 2.7839 .31624 23.913 232480 233099 233807 237012 237209 238402 239.38 240242 241301 241646 244604 2462.9 24.967 247407 247439 248227 248789 248904 251848 254037 254198 255125 260120 261674 262883 263863 271.79 273434 273800 277.58 279014 281519 285890 288013 290495 29.799 293548 2958.3 296947 297224 299740

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

2 zu 30000 M 250647
2 zu 15000 = 29774
4 zu 10000 M 7.641 164329
26 zu 5000 M 5404 46719 71333 72971 78661 102621 104509 214081 235309 236604 260684 267736 282042
110 zu 3000 M 7797 13234 23925 26030 26093 29695 30958 44765 45084 48935 49405 51750 53526 65342 66430 66083 79025 86731 87468 95892 95944 97965 100194 102810 113349 119240 121980 133466 134502 134613 154409 163783 170653 184147 189642 189969 193292 206207 209748 214797 214865 218694 221430 244553 246383 247523 254071 261570 2644.3 269473 283630 285971 291642 29.373 294906
380 zu 1000 M 5876 6293 6715 7624 7905 7963 9869 10089 12483 13000 13760 13857 14033 14541 21619 21993 22382 22443 23333 25611 25677 29891 29143 29678 30062 31665 34020 34260 42715 43140 43414 46101 50637 53362 53566 56682 62051 63947 66607 68823 68160 70417 73714 78390 80568 81783 90448 91615 91713 92624 95637 96922 97326 105742 106168 109411 109470 109500 110287 110094 111857 115058 118554 114157 116433 117081 118728 119027 120481 121967 125311 128935 131078 132223 135008 135477 136328 136857 136.90 136322 137647 138161 139533 140.98 142979 145880 146031 146808 151337 151417 152045 152447 153973 155071 158299 164744 167123 168019 170533 171270 174056 177909 179139 179039 183298 183648 188.80 190021 192060 194291 196837 205986 196643 202911 202920 207027 207672 207673 .09816 210921 212098 214.48 215015 215177 216.84 217009 218603 222529 222609 222630 229033 230315 231628 233436 235762 234223 2.4640 239969 241805 242076 242085 242336 244474 244637 246140 247486 247616 247914 249067 250.89 252373 255133 255967 256781 258980 259468 2698.9 261155 26.157 263721 2640.4 268800 271004 272174 273.98 273318 277.24 277619 280.04 284273 284432 286336 287983 288644 288928 289049 290087 290393 290903 291897 291946 292298 293700 294421 294679 295.54 295990 296438 297984 299544

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Korsette
aus la Stoffen u. in allen Preislagen
empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. „ B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. „ Berlin, Kommandantenstr. 23
124 Bz Ecke Alte Jakobstraße

Ihre Damen- u. Herrenhüte
reinigt, färbt u. preßt umgehend
Stroh- und Filzhutfabrik Georg Erdmann
Schönhaus-Allee 116, Reinickendorfer Str. 32
Neukölln, Hermannstraße 56 57
Hierfür 5% Ermäßigung

Möbel
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 12b
Ecke Schillerstraße.
Kein Laden. 1067

Allg. Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß werden hiermit gemäß § 80 Abs. 1 der Satzung zu einer ordentlichen
Ausschußsitzung
am Montag, den 14. November 1921, abends 7½ Uhr nach dem Restaurant „Lübinger Hof", Berlin-Wilmersdorf, Kaiserplatz 10, ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über den Voranschlag 1922 (Kasse und Institute).
2. Wahl einer Rechnungsprüfungs-Kommission für den Rechnungsabschluß 1921.
3. Bewilligung von zirka 5000 M. zum Ausgang eines Geländestreitens in Groß-Besten.
4. Bericht über Ellrich und Groß-Besten. [12/20
5. Verschiedenes.
Beschwerden und Anfragen, welche Aktenein sicht erfordern, müssen drei Tage vorher dem Vorstand schriftlich eingereicht werden.
Berlin-Wilmersdorf, den 4. November 1921.
R. Engelhardt, Vorsitzender.

hellt der Hund? – hat die Katz ein Flohpulver? – ist die Zeus gesund? – hält der Hahn? – scheut das Pferd? – frißt die Gans ihre Jerkel? usw.?
Diese Fragen
und alle anderen über die Lebensgewohnheiten und Eigenschaften, sowie über die zweckmäßigste Haltung unserer Haustiere beantwortet der
Haustier-Brehm
das neue, illustrierte Buch von Th. Zell: „Unsere Haustiere" das die Tiere verstehen und lieben lehrt und dem Tierhalter Nutzen bringt.
Preis br. M. 20,–, geb. M. 25,–
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

GOLD-
Silber-Platin- Gruch
kauft
Silber-Zentrale
Gotzkowskystr. 19

Klaviere
bestens zahlend kauft Herer, Oldenstr. 8. Nollend. 1154.

Arbeitskleidung
Hosen
von 45,– bis 225,– M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise.
Gerh. Kohnen
Neukölln, Hermannstraße 76/77.

Altes renommiert. **Restehaus**
Reste in Damen-Ulsterstoff., Tuchen, Affenhaut, Velours, Astrachan, Krimmer und Plüschen, Gabardine und Twillkammgarn, blau und farb., 130 br. billig.
Futter- und andere Seiden
Reste in Anzug- und Paletotstoffen für Herren und Knaben
Gelegenheitskäufe in modernen Mänteln, Kostümen und Röcken
Paul Karle
O 34, Warschauer Straße 79

Korb- und Rohrmöbel
stets hervorragende Neuheiten
Große Auswahl. Billige Preise
Edmund Voß, Berlin-Neukölln,
Berliner Str. 14, Nähe Hermannpl.
Tel.: Neukölln 2254.
Reparaturen sämtl. Korbwaren.

Gurkofix
feinster Gurkensalat
Ueberall erhältlich!
Carl Timner, Essig-, Mostrich- und Konservenfabrik
Berlin, Büschingstr. 6

Den ältesten Damen- oder Herrenhut
pressen wir auf die neuesten und schicksten Formen zu den billigsten Tagespreisen bei
Clara Krüger
vis-a-vis B. d. Hermannstr.

Arbeiter-Notizkalender 1922
in festem, mit künstl. Vignette verziertem Einband
Das unentbehrl. Taschenbuch des organisierten Arbeiters, Angestellten u. Beamten. Textlich neu ausgestaltet u. erweitert.
Preis Mk. 4,50 gebunden.
Buchhandlung VORWÄRTS
BERLIN SW. 68, LINDENSTRASSE 3.